

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßendamm 19 1/2 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene Zeitung und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 1/2. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Interessenten können die aufgegebenen Kompositionen über deren Raum 120 M., Wortanzahl, das fertige Druckbild 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leuchtungsbeitrag 10 Pf. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interesse für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 1/2. Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die revolutionäre Arbeiterschaft!

Einem arbeiterfeindlichen Treiben hat Koste einen neuen Gewaltstreik hinzugefügt. Mit seinen Offizieren und Garbisten hat er den Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte aus seinem Gebäude hinausgeworfen: ein neuer Faustschlag ins Gesicht der Revolution. Dieselbe Regierung, die ihr Mandat im November aus den Händen dieses Vollzugsrates empfing, glaubt jetzt, nachdem sie die Macht der aus der Revolution heraus geborenen Arbeiterräte Schritt für Schritt untergraben hat, der Rätebewegung einen tödlichen Schlag versetzen zu können. Wir aber sind überzeugt, daß die Arbeiter Deutschlands nun erst recht an den Aufbau eines revolutionären Räte-systems gehen und dadurch der Regierung die rechte Antwort geben. Während die Rechtssozialisten in Weimar unter der schwarz-rot-goldenen Fahne eine „demokratische“ Verfassung zusammenbrauten, die das kapitalistische System von neuem anerkennt und stützt, handeln die reaktionären und monarchistischen Generale. Durch die Entwaffnung und systematische Niederknüttelung der revolutionären Arbeiter und die Bewaffnung der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer haben die kaiserstreuen Generale wieder eine gefährliche Macht bekommen. Von Tag zu Tag werden sie dreister und die Reaktion drohend.

Durch die Niederlage der Räteregierung der ungarischen Arbeiter und Bauern haben auch die deutschen Dunker und Monarchisten ihre Stunde wieder gekommen. Im Osten sammelt sie ein konterrevolutionäres Heer. In der in Kurland befindlichen deutschen Armee vereinigen sich alle reaktionären Elemente der alten Offizierskaste. Sie bilden dort eine Truppenmacht heran, um einen großen

Vorstöß auch gegen die deutsche Revolution.

vorzuführen. Große Verbände dieser Truppen sind in voller Ausrüstung zu der russischen konterrevolutionären Armee des Fürsten Lieven und des Grafen Keller übergegangen, die in Verbindung mit den reaktionären Generalen Kollschal und Deneklin die russische Arbeiterregierung niederwerfen und den Zarismus wieder aufrichten wollen. Da, die deutschen Truppen bilden den eigentlichen Kern dieser gegenrevolutionären Armee. Eine Schande und Schmach für Deutschland! Dies alles geschieht mit Wissen und Duldung der deutschen Scheinsozialistischen Regierung, unter deren Augen in Berlin die Agenten der russischen Gegenrevolution offen in ihren Werbebüros für diese zaristische Armee arbeiten. In den russischen Gefangenenlagern Deutschlands, wie auch in den Kreisen der deutschen Reichswehr wird unter Offizieren und Mannschaften für diese weißen Gardes des General Kollschal geworben, und der Menschenhändler für die russischen Eroberer steht in der deutschen Republik in voller Blüte. Deutsche als Landsknechte der russischen Zaristen! Man glaubt sich ins 17. Jahrhundert zurückversetzt. Unglaubliche Mengen von Waffenmaterial werden aus Deutschland nach dem Osten verschoben. Die deutsche Regierung schweigt.

Sie führt

blutigen militärischen Krieg gegen die oberschlesischen Arbeiter

führt mit Wassengewalt den Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte auf und treibt gegen die revolutionären Arbeiter Deutschlands eine brutale Gewalt- und Unterdrückungspolitik, wie sie selbst die kaiserliche Regierung niemals angewandt hat. Und was sie im Osten vor sich gehen läßt, ist nicht nur ein internationaler Skandal, sondern auch ein Verbrechen am deutschen Volke. Wenn es dieser gegenrevolutionären Armee gelingt, unsere russischen Brüder niederzuringen, wird sie dann auch versuchen, mit den letzten Resten der Errungenschaften der deutschen Revolution aufzuräumen. Die deutschen Militaristen, die im Krieg nicht gegen unsere angeblichen Feinde haben konnten, arbeiten jetzt Hand in Hand

mit der Entente, die zu einem Hauptstöße gegen die russische Räteregierung ausholt um diese mit allen militärischen und wirtschaftlichen Mitteln zu erwürgen. Das internationale Kapital mit Hilfe der Militaristen aller Länder gegen die Sowjet-Regierung der russischen Arbeiter und Bauern! Dieser Kampf gilt nicht nur den russischen Proletariern, sondern dem Sozialismus überhaupt. Hat man erst die Bolschewisten niedergeworfen, hofft man auch mit den revolutionären Arbeitern der anderen Länder fertig zu werden und die kapitalistische Klassenherrschaft in ganz Europa neu zu besetzen.

Arbeiter, Proletarier im Waffenrock!

Das darf nicht geschehen. Ihr begeht Selbstmord an eurer eigenen Klasse, wenn ihr euch, wie im Kriege, zu Helfern der russischen Revolution hergebt. Was im Osten geschieht, geht auch euch an, und mit der Niederlage der russischen Räteregierung würde auch die deutsche Revolution aufs äußerste gefährdet.

In Deutschland rüstet alles planmäßig zur Gegenrevolution. Tausende von Vorkämpfern der revolutionären Bewegung hat die scheinsozialistische Regierung in die Gefängnisse, Zuchthäuser, ja in Gefangenenlager werfen lassen, Tausende von revolutionären Proletariern sind niedergeschossen worden. Die kaiserstreuen Offiziere aber haben die Waffen und das Heer in der Hand, sie triumphieren in der sogenannten sozialistischen Republik und warten nur auf den ihnen geeignet scheinenden Augenblick. Die revolutionären Arbeiter in den Gefängnissen! Die blutigeren Militaristen, Kriegsbeher, Kriegsverbrecher und Kriegsverlängerer aber erstreuen sich einer goldenen Freiheit.

Durch einen wohlorganisierten Spießdienst werden die Arbeiter zu einzelnen isolierten Putschern angereizt, die der Militärkaste die gewünschte Gelegenheit geben, die Arbeiter getrennt und zu verschiedenen Seiten blutig niederzuwerfen. Durch eine systematische Judenhetze wird eine Pogromstimmung hervorgerufen, um rassistische Schichten in einen sinnlosen Blutkreislauf zu versetzen und sie von ihren wahren Gegnern abzulenken. Durch die Einwohnerwehren wird das Bürgertum bewaffnet. In allen größeren Städten werden neben der alten Polizei neue militärisch organisierte und kasernierte Polizeitruppen geschaffen. Die Gutbesitzer werden reichlich mit Waffen versehen. So wird alles zur Gegenrevolution vorbereitet.

Wir aber rufen die deutschen Arbeitermassen zum Kampfe gegen dieses Treiben auf!

Demonstriert in gewaltigen, wuchtigen Kundgebungen gegen die von der Offizierskaste vorbereitete Gegenrevolution, gegen die Erdrosselung der Arbeiterräte, gegen die bürgerlich-kapitalistische Regierung Bauer-Erbergger, gegen die gefährliche Judenhetze, vor allem aber gegen die Vorgänge im Osten. Kein deutscher Arbeiter darf eine Hand rühren zu dem Heerendienst des internationalen Kapitals gegen unsere russischen Brüder! In ihrem heldenhaften Kampfe reichen wir ihnen über die Grenzen hinweg die Hände.

Arbeiter Deutschlands, seid auf der Hut, seid auf der Wacht! Seid einig im Kampfe gegen alle offenen und verkappten Feinde der Revolution!

Küßt alle Proletarier auf über die drohenden Gefahren!

Arbeitet unermüdet für die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront im Kampfe für die Revolution, in den Betrieben, in Versammlungen, durch die Verbreitung unserer Presse. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen sich bewußt werden, daß es nach wie vor mit aller Energie den revolutionären Klassenkampf zu führen gilt. Die Einigung der deutschen Arbeiterklasse kann und wird sich nur unter revolutionärem Banner vollziehen.

Es lebe die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder!
Es lebe die internationale, revolutionäre Solidarität!

Die Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Heute Abend Massen-Kundgebungen!

Die Rüstung für den Bürgerkrieg.

In Weimar ist vor kurzem die Verfassung der deutschen Republik fertiggestellt worden, die nach den Versicherungen ihrer Väter Deutschland zur „demokratischsten aller Demokratien“ machen soll. Eine schneidende „Ergänzung“ dieses Weimarer Paragrafenwerkes fand die folgenden militärischen Verfügungen, die der „Leipziger Volkszeitung“ durch den bekannten günstigen Wind zuge tragen wurden: Bayr. Schützenbrigade 81.

In Nr. 11683, München, den 28. Juli 1919.
An die Stadtkommandantur (zu dort Nr. 1 S. 62).
Im Abdruck an Gruppenkommando 4.

Warnungstafeln mit der Aufschrift: „Halt! Geschloß! Wer die Hindernisse zu überschreiten versucht, wird erschossen!“ und „Halt! Wer hier weitergeht, wird erschossen!“ sind im Befehlshaberbereich der Brigade bereits eingeführt. Sie werden im Falle erhöhter Verunsicherung aufgestellt. Die Aufstellung ist jedoch von der im Schreiben der Kommandantur vom 26. 7. 19 für die Abstände angeordnete verdrängten. Die Tafeln stehen nämlich dicht an den Hindernissen, die Posten hinter diesen. Dadurch soll verhindert werden, daß die Tafeln von unbefugter Hand unbedacht entfernt werden. Außerdem bietet diese Aufstellung die Gewähr dafür, daß eine herandrängende Menge gleichzeitig mit dem Erkennen der Schrift von den Posten angegriffen wird. 200 Meter vor den Hindernissen erscheint für Aufstellung der Tafeln jedenfalls zu weit. Dieser Abstand läßt sich auch aus rein örtlichen Verhältnissen nur ausnahmsweise einhalten.

Die Vorschläge der Stadtkommandantur, trotz der Tafeln und Anrufe der Posten weiter vordringende Volkswachen mit Schredschüssen anzuhalten oder aufhalten zu lassen (Schüsse auf den Boden vor der Menge) stehen im Gegensatz zu den bei der Brigade geltenden Prinzipien. Erstens wird durch Schredschüsse die Aufschrift der Tafeln und der Anruf durch die Posten zur leeren Drohung, zweitens widerspricht ein solch blindes Feuer allen im Städtekampf gemachten Erfahrungen und drittens wird durch dies Verfahren die Aufmerksamkeit der Angreifer — und als solche müssen Volkswachen betrachtet werden, die trotz der Warnungstafeln und trotz des Anrufes weiter vordringen — ebenso erhöht, wie die Moral der eigenen Truppe vermindert wird. Bekanntheit der Truppen erst dann fest in der Hand ihrer Führer, wenn durch scharfes Feuer, durch Schießen auf Treppen, Verluste in der angreifenden Menge entstanden sind, wenn dadurch eine unüberbrückbare Kluft zwischen Angreifern und Verteidigern geschaffen ist. Die Folge blinder Schießerei ist in sehr vielen Fällen Verhandlungsbereitschaft der Truppe sein, da das blinde Schießen ja schon selber eine Art Kompromiß darstellt, wozu aber Verhandlungen der Truppen führen, das ist durch die Vorgänge in Berlin und München und vielen anderen Städten während der Revolution zur Gewissheit geworden.

Ich bin also entschlossen gegen jede Art von Schredschüssen, es über die Abse der Menge hinweg, ob auf den Boden vor ihr, und stelle mich auf den Standpunkt, daß der Gebrauch der Waffe seitens der Truppe von vornherein mit allem Nachdruck zu geschehen hat.

Ein besonders kritischer Fall ist gegeben, wenn der Angreifer Frauen und Kinder oder Kriegsverletzte vor sich hertreibt. Seinen Zweck, unsere Truppe am Feuer zu verhindern, darf er durch dieses Verfahren unter keinen Umständen erreichen. Infolgedessen ist auch in diesem Fall das Feuer rückwärts zu eröffnen, wobei es sich empfehlen dürfte, vom erhöhten Standpunkt aus gleich vom Anfang an auch mehr gegen rückwärts, wo die Hauptkräfte und Treiber zu suchen sind, zu wirken. Dieses Stoßfeuer muß aber schon vorher vorbereitet sein.

gez. Epp, Oberst und Führer.

Ich bitte die Ausführungen des Kommandeurs der Schützenbrigade zu. Die mit unterstellten Truppen haben danach zu verfahren. Von sogenannten Schredschüssen ist also kein Gebrauch zu machen.

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß jede Truppe die steht, oder die Bewegung einstellt, sofort Maßnahmen trifft, um überhörende Feuerwirkung in die rückwärtigen Teile einer angreifenden oder andrängenden Menge über zu stellen, z. B. durch Gewehr- und M.-K. im ersten Stod der Häuser, damit ist die Gegenwirkung wesentlich erleichtert, wenn der Angreifer Frauen und Kinder vor sich hertreiben sollte.

Wenn es möglich ist, zu vermeiden, daß Frauen und Kinder getroffen werden, so hat dies selbstverständlich zu geschehen. Kriegsverletzte, die sich dazu ergeben, einen Angriff gegen Regierungstruppen mit ihrer Person zu beden, verdienen keine Berücksichtigung. Empfohlen wird sich auf alle Fälle, daß das erste Feuer nicht als Salve einer ganzen Abteilung abgegeben wird, sondern daß besonders zuverlässige und gute Schützen hierzu bestimmt werden, die sich ihre Ziele, soweit als möglich auswählen.

Der Oberfeldwebel.

(gez.) Mühl, Generalmajor.

Reichswehrgruppenkommando I
Is op. Nr. 12635 A 1 Berlin, 12. August 1919.

Abschrift!
Für Kenntnis. Dem Standpunkt des bayerischen Reichswehrgruppenkommandos wird beige treten. Im besondern wird das Abgehen von Schred- und Warnungsschüssen als schädlich gehalten. Jeder nichttreffende Schuß wird vom Gegner als Schwächelichen geschaut und ist es auch.

B. I. d. R. G. Kdos.

Der Chef des Generalstabes,
(gez.) v. Stöckhausen, Major.

Der Standpunkt des bayerischen Obersten Epp ist also hierdurch durchgedrungen. Seine Erörterungen im „Städtekampf“ werden als richtunggebend anerkannt; im ganzen Deutschen Reich, soweit Noskes Gorden die Menten der Stadtwachen schälen, wird nach dem Rezept verfahren werden, wie man die Truppe „fest in der Hand des Führers“ behält. Man läßt sie proletarier werden, damit eine unüberbrückbare Kluft zwischen den Soldaten und der Arbeiterklasse aufgerissen wird, damit die Truppen nicht in die Verkundung kommen, mit der Bevölkerung zu verhandeln und zu fraternisieren. Mit Proletarierblut lüftet man die Fugen der Nosketruppen. Das ist das Rezept Epp, das fortan all von München bis Helgoland in der „demokratischsten aller Demokratien“!

Noskes Herrgott.

Neber merkwürdige Dinge berichtet die rechtssozialistische „Münchener Post“. In einigen Häusern der Münchener Lützen-Kaserne war seit Anfang April das deutsche Fortbildungsinstitut untergebracht. Nach dem Einzug der

Notzetruppen in München verlangte das Schützenregiment I, das dem Oberstleutnant Herrgott untersteht, daß das Institut die Räume wieder verläßt. Das Militärministerium wollte zuerst diesem Verlangen nachkommen. Am 31. Juli jedoch telegraphierte Ministerpräsident Hoffmann an Oberstleutnant Herrgott, den im Ministerat einstimmig gefassten Beschluß, daß das deutsche Fortbildungsinstitut in der Lützen-Kaserne vorerst verbleiben darf; dementsprechend ist zu handeln. Darauf antwortete Oberstleutnant Herrgott am gleichen Tage dem Ministerpräsidenten: „Ich lasse das Fortbildungsinstitut noch einige Tage in meiner Kaserne, brauche die Räume in sozialer Hinsicht, soviel für meine Mannschaft. Bitte hiermit das Weitere sofort zu veranlassen.“ Das Ministerium hat also dem Oberstleutnant Herrgott einen deutschen Befehl gegeben, der Oberstleutnant widersetzte sich aber dessen Ausführung und er wurde darin noch vom Gruppenkommando 4, zu dem das Schützenregiment gehört, unterstützt. Noch am 15. August teilte das Militärministerium dem Gruppenkommando mit, daß dem Beschluß des Gesamtministeriums zur vorläufigen Verlassung des Instituts nunmehr Genüge geschehen sei. Trotzdem wurde am 18. August das Institut aus der Kaserne hinausgeworfen und von Militärpersonen nach einem Militärgerichtsgebäude geschafft. Dieser Oberstleutnant Herrgott hat am 28. August in der Münchener Garde-Kaserne an die Studenten, die sich zum zweiten Aufgebot der Reichswehr gemeldet hatten, eine Ansprache gehalten, aus der die „Münchener Post“ folgendes mitteilt:

„Zweifelslos stehen wir einer neuen politischen Krise entgegen. Die Kohlen- und Lebensmittelnot wird sich noch verschärfen. In kürzester Zeit wird unsere Industrie nicht mehr imstande sein, die bisherigen Löhne weiter zu zahlen und wird sie deshalb beruhen müssen. Wie ich ersehne, müssen für diesen Winter mit etwa 4 Millionen Arbeitslosen rechnen. Dies alles wird die Unzufriedenheit natürlich ungeheuer steigern. Dabei arbeiten die Kommunisten mit großem Eifer und nicht ohne Erfolg am Wiederaufbau ihrer Organisation. Alle diese Schwierigkeiten zu beseitigen wird keiner Regierung gelingen, am allerwenigsten unserer jetzigen, die auf so schwachen Füßen steht. Sie werden es nicht bereuen, sich zu meinem Regiment gesellen zu haben. Wenn auch, wie überall, einige Lumpen in unserer Reihen sind, so ist doch die Mehrzahl durchaus zuverlässig. Gerade die letzten Tage, in der wieder Sturm gelautet wurde, haben, das laun ich wohl ohne Ueberhebung sagen, deutlich gezeigt, daß ich die Leute vollkommen in der Hand habe. Ich hätte mit der Truppe alles machen können, was ich gewollt hätte. Auch einen Putsch — aber natürlich, es hat keinen Zweck — einzuführen!“

Diese Vorgänge erhielten am gestrigen Tage ihre Ergänzung. Montag vormittag trafen im Sonderzuge — unter dem Namen die Herren nicht — der Präsident Ebert und der Reichswehrminister Noske in München ein, um bei der Uebernahme des bayerischen Militärlantagments und der bayerischen Militärschule an das Reich zugehen zu sein. Nachdem die Herren ein Frühstück im Kriegsministerium eingenommen hatten, fuhrten sie zur Maxfeld-Kaserne, wo die Abordnungen der bayerischen Reichswehrtruppen unter demselben Oberstleutnant Herrgott, von dem oben die Rede ist, sich versammelt hatten. Beim Erscheinen Eberts wurde der Präzidentenmarsch und danach „Deutschland, Deutschland über alles!“ gespielt. General Noske, mit dessen Billigung auf die Bürger nur noch scharf geschossen werden darf, hielt eine Ansprache, aus der man erfuhr, daß ein „Vollstreck“ zu schaffen sei, zu dem die jetzigen Truppen den Stamm bilden und für das sie die alten Traditionen übernehmen sollen.

Nomen est omen! Dieser Oberstleutnant Herrgott, der sich der Ausführung der Befehle der Zivilregierung widersetzt und aus eigener Machtvollkommenheit handelt, der nur deshalb seinen Putsch unternimmt, weil es vorläufig noch „keinen Zweck“ hat, symbolisiert die Zustände, unter denen wir jetzt leben. Der Militarismus ist Noskes Herrgott. Unter den Klängen des Präzidentenmarsches fühlen sich die Ebert und Noske am wohlsten, und um so brutaler spielen sie die militärischen Machtmittel gegen die Arbeiterschaft aus.

Gegen das Gesetz über Betriebsräte.

Die Zentralstelle des Betriebsräte erläßt folgenden Aufruf: Schon die Betriebsrätekonferenz, die der Zentralrat der deutschen Republik im Auftrage der Regierung einberufen hatte, lehnte am 10. Juli jedes Eingehen auf den Entwurf des Betriebsgesetzes der Regierung ab.

Die am 22. und 23. August in Halle stattgefundenen Konferenz der Zentralräte und Bezirksräte der revolutionären Betriebsräte Deutschlands lehnte wiederum jedes Eingehen auf das jetzt vorliegende Gesetz über Betriebsräte ab. Die Konferenz, befehligt von

- Dem kolonial der Arbeiter, Eih Hamburg,
- Zentralrat der Eisenbahner, Eih Frankfurt,
- Zentralrat der Binnenwirtschaft, Eih Berlin,
- Seemannsbund, Eih Hamburg,
- Zentralgedenrat in Essen,
- Bezirksbergarbeiter, Eih Halle,
- Bezirksrat der chemischen Industrie, Eih Merseburg,
- Zentralrat der optisch-medizinischen Industrie, Eih Jena,
- Zentralrat der Holzarbeiter, Eih Berlin,
- Vollzugsrat der revolutionären Groß-Berliner Arbeiterräte,
- 15. Kommission der Hamburger Arbeiterräte,
- Kampfbund des großen Arbeiterrates Leipzig,
- Betriebsrat der Eisenbahner Merseburg,
- Zentralrat der deutschen Automobilindustrie, Eih Berlin,
- Zentralstelle der freien Betriebsgruppen Dresden,
- Bezirksbergarbeiter des Leipsig-Bornort Braunschweigerwerkes,
- Betriebsvereinigung der Betriebsräte des Bezirkes Schweidnitz,
- Bezirksbergarbeiter, Eih Essen,
- Bezirksarbeiter des Niederschlesien,
- Zentralstelle der Metallindustrie Mitteldeutschlands,

erklärt; daß darin lediglich eine Reuegestaltung der alten Arbeiter- und Angestelltenvereine zu erblicken ist und weiß deshalb herfür den Namen Betriebsräte als eine Forderung der Arbeiterschaft zurück. Wir betrachten den Gesetzentwurf durch die bestehenden Einrichtungen in den einzelnen Betrieben als bereits überholt. Die revolutionären Arbeiter- und Betriebsräte sind entschlossen, alle ihre bisherigen Rechte und Ansprüche zu verteidigen und darüber hinaus sich neuen Einfluß für den sozialistischen Aufbau zu erringen. Die revolutionären Zentral- und Bezirksräte rufen die Arbeiter, Angestellten und Promen Deutschlands zum selbständigen Aufbau eines eigenen sozialistischen Systems auf.

Arbeitende Männer und Frauen in Fabrik und Werkstatt, in Stadt und Land, wäht überall aus eigener Kraft Betriebsräte, da das Gesetz Euch keine bringt.

Schließt sie zu Bezirksräten der Produktionsgewerke zusammen. Baut darauf die Zentralräte für die Produk-

tionsgewerke auf, aus denen der Reichswirtschaftsrat hervorgeht.

Schafft Zusammenschlüsse der Bezirksgruppenräte zu Bezirkswirtschaftsräten für abzugrenzende Wirtschaftsbezirke.

Organisiert den Widerstand gegen das Betriebsratsgesetz, das nur der Totenschein des Rätesystems ist.

Sammelt Euch zu einem fortgesetzten Kampf um das wichtige Rätesystem des Sozialismus.

Bereitet den Massenkampf für Euren einheitlichen, selbständigen Rätesystem vor.

Zentralstelle des Betriebsräte Deutschlands.

Man hätte mehr Mut haben müssen.

Die „Kreuzzeitung“ ist damit nicht zufrieden, daß die Regierung den Vollzugsrat nur aus seinen bisherigen Räumen hinausgeworfen hat. Das Blatt sieht in diesem Gewaltakt nur eine halbe Maßnahme; es schreibt dazu: Wenn man aber in den politischen Arbeiterräten und ihrer Tätigkeit eine Sabotage der kommenden Betriebsräte sieht, und diesen freie Bahn schaffen wollte, so hätte man gegen alle bestehenden Arbeiterräte vorgehen und den Mut haben müssen, sie aufzulösen. Dann war es sinnlos, lediglich den unabhängigen Vollzugsrat Groß-Berlins in gewisser Hinsicht lahmzulegen. Man mußte ihn aus der Welt schaffen, ebenso wie den Vollzugsrat der Sozialdemokratie und Demokratischen Zentralrat, die kommunalen und sonstigen politischen Arbeiterräte. Diesen Mut hat man nicht gefunden, und so wird das ganze Ergebnis des so falsch erscheinenden Schrittes, von der Unterbindung der Wahlen abgesehen, auf deren Verbot man sich ja auch hätte beschränken können, das sein, daß der unabhängige Vollzugsrat die Größe seiner Wirksamkeit verlegt, wie er das ja bereits getan hat, und nur die staatliche Unterstützung nicht mehr erhält, die in der kostenfreien Benutzung der umfangreichen Räume von ihm benutzten Räume lag.

Die „Kreuzzeitung“ verlangt dann von der Regierung, daß sie Beweise dafür der Öffentlichkeit vorlegen sollte, daß wirklich, wie offiziös mitgeteilt wurde, Fäden für eine abermalige Revolution erkennbar geworden seien. Wenn das der Fall sei, dann müßte sie auch ganz andere Mittel zur Abwendung der bestehenden Gefahr ergreifen.

Die „Kreuzzeitung“ überschreibt ihren Artikel, der sich mit dieser Frage beschäftigt, „Die Furcht vor den Unabhängigen“. Damit will das Blatt andeuten, welche Mittel die Regierung und ihr Noske noch anzuwenden soll. Wahrscheinlich wünscht sie, daß Deutschland in ein großes Justizhaus verwandelt und die ganze Unabhängige Sozialdemokratie darin eingesperrt werden soll. Da Noskes Androhungen sich nicht mehr allzu sehr von der der „Kreuzzeitung“ unterscheiden, so ist es gar nicht unmöglich, daß es sich dieses Rezeptes bedienen wird. Freilich wird es ihm auch damit nicht gelingen, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen.

Wo bleibt die Klage?

Wir erklärten in unserer Morgenausgabe vom 21. d. M. die Demütigungen des „Vorwärts“ und seines Verwalters aus dem Bezirksverband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins, unsere dokumentarischen Feststellungen über die Einheitswirtschaft im Bezirksverband S. P. D. als Lüge und einen Versuch der bewußten Irreführung. Wir forderten den „Vorwärts“ und seinen Gewährsmann auf, uns zu verteidigen und uns damit die Möglichkeit zu eröffnen, unsere Behauptungen vor dem Bericht zu erhellen. „Wird die Klage?“ — schrieben wir — „gegen uns nicht erhoben, so ist damit der Beweis gegeben, daß der Bezirksverband S. P. D. Groß-Berlin wie auch das Arbeiterpartei Amt die gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit zu scheuen haben.“

Seitdem wir dies schrieben, sind fünf Tage verstrichen. Der „Vorwärts“ schweigt. Der Bezirksverband der S. P. D. schweigt. Das Kuswärtige Amt schweigt. Eine gerichtliche Klage ist gegen uns nicht erhoben. Die Beteiligten wissen, warum sie das nicht scheuen. Bei ihrem unaufrichtigen Ertrag, scheut sie keinen anderen Ausweg, als zu schweigen und sich gegenüber unseren Anklagen tot zu stellen.

Das Verbrechen des U-Boot-Krieges.

Nach amtlichen englischen Bekanntmachungen sind durch den U-Boot-Krieg 1/4 Millionen Britische Register-Tonnen Schiffsraum zerstört worden. Der Wert der zerstörten Schiffe mit samt ihren Ladungen wird vom United Register auf 120 Millionen Mark angegeben. 30.000 Menschen, 120.000 Truppen, Fischer, Bootleute haben durch die Verletzungen ihr Leben eingebüßt. Deutschland hat 205 U-Boote verloren, wobei etwa 7000 Menschen den Tod fanden. 205 U-Boote erforderten einen Aufwand von 600 Millionen Mark.

Diese Figuren zeigen in vollem Umfange den Wahnsinn des U-Boot-Krieges, für den die Reichsregierungen ebenso wie die beteiligten Parteien die volle Verantwortung tragen.

Zugangsbeschränkungen infolge des Kohlenmangels.

Wie der „Sozial-Anzeiger“ mitteilt, werden voraussichtlich bereits vom 1. September ab infolge des Kohlenmangels weitgehende Zugangsbeschränkungen Platz greifen müssen. Es sind in den städtischen Bezirken Kohlenvorräte nur noch etwas für kaum eine Woche vorhanden, während es im ländlichen Deutschland um den Kohlenvorrat noch schlimmer bestellt ist. Bereits zwischen den einzelnen Eisenbahndirektionen gepflogene schriftliche und mündliche Verhandlungen über diese Angelegenheit werden noch in dieser Woche in einer zusammenfassenden Besprechung zu einer Entscheidung gebracht werden. Es ist bereits als ziemlich bestimmt anzunehmen, daß diese Entscheidung im Eisenbahnbereich sich vorwiegend auf die Sonntage erstrecken wird, an denen eine weit geringere Zahl der Züge zu erwarten ist.

Der „Vorwärts“ und die Versammlungsfreiheit.

Wie uns aus Graudenz geschrieben wird, hatte der Bund sozialistischer Arbeiter und Arbeiterinnen dort am 18. August eine Versammlung einberufen. Dem Gouverneur war es unangenehm, daß sich die Soldaten mit ihrer militärischen Lage beschäftigen wollten und es deshalb kurzer Hand allen aktiven Militärpersonen den Besuch der Versammlung untersagte. Nicht genug damit, wurde noch ein Oberleutnant mit der

Bezirksverband Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Dienstag, den 26. August, abends 7 Uhr

Große Kundgebungen

gegen Bogromheze, Militarismus und Gegenrevolution.

Versammlungsorte:

Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße
Pagenhofer, früherer Vordrucker, Fildersstr. 2
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
Kofal Süd-Ost, Waldemarstr. 75
Graumann, Rannysstr. 27
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21
Königsbau, St. Frankfurter Str. 117
Roeder, Weberstr. 17
Viehhoftstraße, Eldenaer Straße
Musikerfeste, Kaiser-Wilhelm-Str. 36
Pharosäle, Müllerstr. 142
Wohn-Druckerei, Prenzlauer Allee 242-247
Dütmers Festsäle, Schwedter Str. 23-24
Bornstiftsäle, Adlerstr. 6-7
Klostergarten, Plögnsee
Mula, Reichenberger Straße
 " Glogauer Str. 12-14
 " Tilsiter Str. 4
 " Lyzeum, Greifswalder Str. 25
 " Pappelallee 41-42
 " Steinstr. 49
 " Pflugstr. 12

Mula, Grünthaler Str. 5
 " Müllerstraße, Ecke Triftstraße
Neukölln:
Kleins Festsäle, Hasenheide
Rindl-Druckerei, Hermannstraße
Britz:
Kaddah, Chausseestraße
Charlottenburg:
Volkshaus, Rosinenstr. 4 (2 Säle)
Tempelhof:
Mula Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße 19-20
Adlershof:
Oskar Wölstein, Bismarckstr. 73-75
Schöneberg:
Chamissostraße, Barbarossaplatz
Friedenau-Steiglih:
Bürgeraal im Rathaus, Friedenau, Lauterplatz

Johannisthal:
"Zum Lustverkehr", Friedrichstr. 9
Cöpenick:
Vaherhof, Am Köllnischen Platz
Mariendorf:
"Schwarzer Adler", Chausseestr. 43
Niederschöneweide:
Kyffhäuser, Berliner Straße
Oberschöneweide:
Mula Realgymnasium, Berliner Straße
Treptow:
Wanzl, Am Treptower Park 27
Friedrichshagen:
Bürgerfeste, Friedrichstr. 112
Friedrichsfelde-Karlshorst:
Mula Lyzeum, Karlshorst, Treptowallee 44
Hohenschönhausen:
Mula Gemeindegemeinschaft

Lichtenberg:
Café Bellevue, Hauptstr. 2
Pankow:
Restaurant Linder, Breite Str. 34
Reinickendorf-West:
Druckerei Hartmann, Echarnweberstraße 101-104
Reinickendorf-Ost:
Subertusäle, Provinzstr. 77-79
Rosenthal:
Bohne, Hauptstraße
Tegetl:
Bellevue, Spandauer Str. 2
Weissensee:
Deutsches Zeit, An der Berliner Allee (Gang vom See)
Vernau:
Elyrium, Hufsteinstraße

Referenten:

Berger, Crippien, Eichner, Fischer, Gabel, Glesler, Goh, Dr. Josef Herzfeld, Herbst, Hildebrand, Helig Hirsch, Adolf Hoffmann, Horn, Jensen, Kaufmann, Krille, Krose, Künstler, Lampe, Lankant, Leid, Lehmann, Letich, Köppler, Johanna Ludewig, Bertha Lungwitz, Maljahn, Mehlhose, Mich. Müller, Hermann Müller, Milch, Neumann, Nischalk, Leo Ostrowski, Peiffer, Radtke, Minna Reichert, Richter, Hermann Ritter, Rettichlag, Rosemann, Salewski, Schmitz, Schindler, Schumacher, Fritz Schneider, Karl Schneider, Joseph Schneider, Schröder, Stein, Stimmung, Stöcker, Teichle, Ulrich, Volkmerhaus, Wegmann, Dr. S. Weinberg, Weise, Dr. P. Wehl, Frau Wehl, Winkler, Zachow, Zeuner, Zimmermann, Zubeil.

Zu diesen Versammlungen darf kein Arbeiter, keine Arbeiterin, die auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehen, fehlen. Legt durch Massenbesuch Protest ein gegen die neuzeitigen Methoden der heutigen Gewalthaber und Drahtzieher im Reich, die nur dazu angetan sind, die Grundgesetze des wahren Sozialismus zu zertrümmern.

Der geschäftsführende Ausschuss
 Hermann Weise.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne, Theater am Hölowsplatz.
 Letzte Woche: Operngastspiel.
 7 1/2 Uhr: „Der Kuhlreigen“.
 Mittwoch, d. 27. August, nachm.
 1 Uhr: bei kleinen Preisen
 „Die Fledermaus“.

Theater L. d. Röniggrätzer Straße
 1 Uhr: Kameraden
 Donnerstag: Musik
 (Maria Orska)

Komödienhaus
 an der Marschallstraße.
 Gastspiel Lucie Hüblich
 1 Uhr: Liveität von der Platz

Berliner Theater
 1 Uhr: Die Dame im Frack

Trionon-Theater.
 El. Friedrichstr. 27, 427, 177.
 8 Uhr: Zum 341. Male:
Der gute Ruf
 von Hermann Sudermann.
 Sonntag 4 Uhr:
 Johannfeuer.

Residenz-Theater.
 Untergrund. Klosterstraße.
 Auszug Stralauer Straße.
 Täglich 8 Uhr:
 Zum 215. Male:
Das höhere Leben.
 Schauspiel von Sudermann.
 Regie: Alfred Kottar.
Rose-Theater
 7 Uhr: Sommersnacht.
 Gartenbau.
 1 Uhr: Das sieht sich jeder an.
Waldhalla-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 3 schöne Zeit, 6 schöne Zeit!
 Gartenbau:
 Theater. Spezialtheaterabende.

National-Theater
 6 Uhr (Sünderstr. 10) 8 Uhr
Familie Mannemann
Wintergarten
 Täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
 Raucher gestattet.

Friedrich-Wilhelms-Operntheater
 Tägl. 7 1/2 Uhr, nur kurze Zeit!

Der heilige Florian
Casino-Theater
 Letztbühne Str. 37, Tägl. 7 1/2 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
 Volksstück in 3 Akten.
 Vorher: „Schwarzweidbühl“.
 Operettenakt mit Viktor Litzeck
 von der Komischen Oper.
 Das erste Mal in Spezialitäten.

Berliner Prater.
 Kastanien-Allee 7-9.
 7 1/2 Neptun's Bummelfahrt
 Erstklassiges Varieté.
 In der Tausend
 diese täglich Ball.
 Anfang 4 Uhr.

Theater a. Kottbus, Tor
 Altmarktlich 7 1/2 Uhr:
Silber-Sänger
 9 neuen, mit L. der
 Berliner Sänger
 Humor, Spielplan
 Sommerreise I
 Bühnen-Konzert.

Circus Busch
 Gebäude, Bahnhofs Börsen.
 8 Uhr:
 Das
Gläser-Spezialitäten
 Programm
 6 reizvolle Nummern
 für die Substanten
 Walter u. Corty
 Ferner:
Inge Syberg Trio
 Balance-Künstler
Eiso Arbra
 Kontorsolistin
Die 10 den Heros
 Neuer Luftakt
Gladiator Varieté
 in seinen wegschlagender
 Produktionen
Aline Badgou u.
Joe Biller
 Moderner Tänzer,
 bis, Palais de Danse
Danglas u. Pesi
 Doppel-Nummern
3 Herborts
 Drehtisch-Künstler
Behlers u. Bernhardt
 Rad-Sensationsakt
2 Rahmes
 Sensationsakt
Hans-Dimitri-Akt
 Programm I bis 14. 14.

Vergnügungs-Palast
Groß-Berlin
 Hasenheide 13/15

Ringer-Wettstreit
 Vorher das
Spezialitäten-Programm

Dienstag ringen:
 Dieser Wettkampf gegen Hilt
 (Kampfsport) gegen Hilt
 Sonntag 10 Uhr gegen Hilt
 am Extraplatz 8. Hasenheide
 2 1/2 Uhr: Wettkampfsport 2
 Kontrast gegen Schwarz
 Wollschürker Herold
 Hilt gegen Hilt
 Ostpreußen Neukölln
 — Alle Griffe erlaubt. —

Beginn des Konzerts 4 Uhr,
 der Vorstellung 6 Uhr, der
 Ringkampf 9 Uhr, Sonntags
 1 Stunde früher.

Dienstag, Donnerstag und
 Sonntag
Grosser Ball.
 Bei Regenwetter Schutz
 für 2000 Personen.

Kennt du das Land, wo
 die Eichen stehen?
 Daß du den kleinen Spreewald
 schon gesehen?
 Der schönste Ausflugsort
 im Reich

Zit
Manns Waldschloß
 in Schönheide.
 Tel.: Friedrichshagen 66.
 Jeden Sonntag: Tanz.

Piano
 kreuzweise bis 1900 M. kauft
 Blick, Zionskirchplatz 1.

Metallankauf
 Kupfer, Messing, Zinn usw.
 Gold, Silber, Platin Metall-
 schmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Elektromotore
 Gleichstrom 11 Drehstrom
 kauft
Logenbureau Schlichting
 Berlin W 9, Linkstr. 10,
 Tel.: Litzow 3703 und 8218.

Fortuna-
Lichtsplele • Müllerstr. 12 e
Erstaufführung für Wedding!
 Vom Freitag, den 22. bis
 Donnerstag, den 28. d. Mts.

Die Sünderin
Tragödie einer Verstorbenen
 Mitwirkende 1000 Personen
 Täglich 5 und 8 Uhr

Galischmieders 2 **Weissenseer**
Varieté-Garten **Sommer-Theater**
 Radstrasse 14. **Prenzlauer Promenade 6-8**
 Dir. Herr. Demmann

Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester
 Erlösung der Gärten: Wochentags 3 1/2 Uhr
 Sonntags 2 1/2 Uhr
 Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr
 Sonntags 5 Uhr
 Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr
 Sonntags 6 Uhr

Über Vermittlung der Gärten an Verleas werde
 man sich an die Direktion.

Schweizergarten
 Am Friedrichshain 29-32

Heute Dienstag ringen:
Herald gegen **Zumbusch**
 Berlin Hannover
Albano gegen **Steinke**
 Luxemburg Sittin
Ulmann gegen **Gameta**
 Neukölln Schweiz

Entscheidungskampf:
Richard Schikat und **H. Stange**
 Tilsit Schwab.-Holst.

Beginn der Kämpfe 9 Uhr.
 Vorher das große Spezialitäten-
 programm und die zukunftsreiche Operette.

5000 Fahrradlaufdecken
 Stück 45, 55, 65 Mark.
5000 Luftschläuche, St. 20, 25, 35, Mark.
Prima Ausland-Schläuche 45, 50, 65 Mark.
Neue Fahrräder mit Gummi 350 M.
 Günsige Gelegenheit für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts
 gegen Nachnahme.

Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstraße 41.

Wer preiswert, gut und schnell
bauen will,
 überfrage Bauausführungen jeder Art
 (Wohn-, Kassenhäuser, Siedlungs-, Fabri-
 ken u. sw.) zur sachgemäßen
 Erledigung der
Heimatscholle
 Berlin C. 2.
 Hauptstr. 27, Nordost 672.

Neu erschien in 258. Auflage:
Hygiene der Ehe
 Ärztlicher Führer für Braut- und Eheleute
 von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Aus d. Inhalt: Ueber die Frauenorgane, Körperliche
 Ertüchtlichkeit u. Untauglichkeit, Gebär- u. Stillfähigkeit,
 Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Euthanasie und
 Anschwörungen vor der Ehe, Eheliche Pflichten, Keusch-
 heit oder Unkeuschheit? Hindernisse der Liebe etc. — Krank-
 heiten in der Ehe, Rückstände früherer Geschlechtskrank-
 heiten, Vorbeugung und Ansteckungsschutz. — Körperliche
 Leiden der Ehefrau, Entstehung und Heilung der weiblichen
 Gelübschkranke. Folgen der Kinderlosigkeit, Gefahren spätem
 Heirats etc. für die Frau. — Neurasthenie und Ehe, hysterische
 Anfälle, Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc.
 Bezug geg. Linsen, v. M. 2. — od. Nachnahme durch Medizin.
 Verlag Dr. Schwolzer, Abt. 343, Berlin NW 87, Repkowsplatz 5.

100
Wohnzimmer
 Kleiderschrank, Vertikale,
 Tisch, 4 Stühle,
 Spielzeug und Spiegel
M. 875.—
 Erstklass. Ausföhrung!
Stolzmann,
 Belle-Alliancestraße 100
 Auf Wunsch
 Zahlungszielverräger.

100
Cigaren
Cigaretten
Tabak
Kantabak
 Billigste Bezugsquelle
 t. Restauratoren u. Wirtshaus-
 käufer. Bernhard B. Rosen-
 Berlin N 4, In- und Aus-
 (Lal. Tel. Nord. 203)

100
Kau-Tabak
 garantiert rein, bei
 laufend abgeben
Tschapke,
 Berlin O 117,
 Simon-Dachstrasse 20
 Alex. 122.

Konferenz der Arbeiterräte, Betriebsräte und Funktionäre der U. S. P. D. und K. P. D.

Groß-Berlin.

Saben die Bäckermeister zu ihrer Entrüstung mit ihrem Protest berechtigten Grund?

Die Antwort auf die Provokation.

In einer imposanten Versammlung haben die Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre Berlins Herrn Noske und seinen Mitverantwortlichen die Antwort auf die neueste Herausforderung der revolutionären Arbeiterschaft erteilt. Wenn man an Noskes Laten überhaupt noch den Maßstab der Vernunft anlegen darf, so konnte sein neuester Gewaltakt nur den Sinn einer bewußten Provokation haben. Daß die gewaltsame Entfernung des Vollzugsrats aus einem Gebäude die Stellung des Vollzugsrats in der Arbeiterschaft nicht erschüttern kann, daß die ständige Mißachtung des ungeweihten Rechts der Arbeiterschaft, ihre Vertrauensmänner nach eigenem Ermessen zu wählen, dem Rätegedanken keinen Abbruch tun werde, daß vielmehr all diese Maßnahmen nur die Stellung des Vollzugsrats und die Kraft des Rätegedankens stärken müssen, das muß doch selbst einem Noske klar sein. Der einzige Sinn dieses Vorgehens konnte nur sein, die Berliner Arbeiterschaft zu einer Kraftprobe herauszufordern in einer Zeit, die Herr Noske für günstig hält. Die Erkenntnis, daß mit lokalen Wutstößen und vereinzelter Aktionen die Sache der Revolution nicht zu fördern sei, ist in der Arbeiterschaft ganz allgemein geworden. Aber gerade das meint Herr Noske nicht zu passen. Und sein Vorgehen gegen den Vollzugsrat war recht geeignet, in Berlin eine solche Aktion heranzurufen.

Es war interessant zu beobachten, mit welcher Klarheit die Vertrauensmänner der Berliner Arbeiterschaft, trotz ihres Antags der Kommunisten, einen Generalstreik zur Durchbrechung der Entrüstung, die sie alle erfüllte, zur Lösung einer Reihe politischer Forderungen zu beschließen, was übrigens nicht gerade mit besonderem Eifer vertreten wurde, als auch der Antrag, in einen Proteststreik einzutreten, wurden abgelehnt. Die Versammlung stellte in einer Resolution den Tatbestand fest, daß das Vorgehen der Regierung in immer stärkerem Gegensatz zu den Bestrebungen und Interessen des revolutionären Proletariats tritt, daß dieser Gegensatz ein immer allgemeinerer wird, der schließlich zu Entscheidungen führen muß, die einheitlich von dem gesamten Proletariat herbeigeführt werden müssen.

Die Ruhe und Entschlossenheit, womit diese Beratung geführt worden ist, die politische Einsicht, die die Vertrauensmänner der Berliner Arbeiterschaft durch das klare Festhalten der politischen Situation bewiesen haben, rechtfertigen die Zuversicht, daß der Plan Noskes eine Schwächung der Berliner Rätebewegung herbeizuführen und womöglich eine Gelegenheit zu schaffen, der Berliner Arbeiterbewegung nach berühmten Mustern einen schweren Schlag zu versetzen, nicht nur vereitelt ist, sondern daß im Gegenteil die Berliner Arbeiterschaft jetzt erst recht all ihre Kraft einsetzen wird, um die Räteorganisation zu stärken und damit die Grundlage zu festigen für ihre künftige Machtposition.

Was der letzten Gewaltmaßnahme der Regierung gegen den Vollzugsrat beschlossene sich gestern Abend nicht nur die Konferenz der Arbeiterräte, Betriebsräte und Funktionäre der U. S. P. D. und K. P. D. im großen Saale des Reichstagsgebäudes. Genosse Richard Müller ergriff die Konferenz. Er machte kurz Mitteilung von dem Inhalt der Beschlüsse des Vollzugsrates in der Nacht vom Freitag auf Samstag, und von dem am Samstag früh beschlossenen Streik und Durchsicherung des Vollzugsratsgebäudes durch Holzregimenten und Sturmabteilungen.

Genosse Müller gab dann die ausführliche Schilderung der Ereignisse, die sich am Samstag im Vollzugsrat abgepielt haben. Er verlas die von uns bereits veröffentlichte Verfügung Noskes. Gegenstände von Wert sind den Spionen nicht in die Hände gefallen, lediglich Sachen privaten Inhalts. Wir wollen hoffen, daß auch die Beweise diesen Hochverrat verweigern.

Genosse Müller betonte, daß man den Dingen mit der größten Ruhe entgegenzusehen müsse, wenn es auch notwendig sei. Wir wünschen von Herzen zu wissen, wie die Genossen in den Betrieben über diese Vorgänge denken. Müller verlas eine Erklärung der Verfassung der U. S. P. D. Betriebe, die bereits in den Streik getreten ist.

Urban (K. P. D.) und Schiedelbein (U. S. P. D.), beide aus dem U. S. P. D. Betriebe Dennigsdorf, schildern die Situation ihres Betriebes. Die Kollegen hätten erklärt, unter keinen Umständen keinen Streik mehr zu arbeiten. Wir haben keine Mühe mehr zu nehmen auf die Provokation. (Lebhafte Beifälle.) Die Redner forderten auf, dem Vorstoß der Dennigsdorfer Arbeiter zu folgen und in den Generalstreik zu treten. (Lebhafte Beifälle.)

Weber (K. P. D.) bezeichnete das jetzige Vorgehen gegen den Vollzugsrat als Gipfel der Underschiedlichkeit. Wir müssen den Kampf führen, der uns aufregungen wird. Redner schildert die Wägen der Soldateska in Obersiebenbrunn, den Kampf gegen Kaiser-Stuhlhaus. Am Zusammenbruch Ungarns sind wir jetzt, denn auf uns waren alle Blicke gerichtet. Redner schloß: Gedenkt an den Weltkrieg, auf zur Tat, es ist die höchste Zeit.

Genosse Richard Müller verteidigte die „Freiheit“ und die Parteileitung, die dem Verlangen der Rasse nach Rechnung genommen haben und für morgen die Protestversammlungen angekündigt haben. Man hat von Bremen gesprochen, es ist möglich, daß sie auch mich dafür halten. Ich darf mein Urteil nicht aufbauen nach der Stimmung einzelner Kreise, sondern ich muß die Verhältnisse prüfen und danach mein Urteil einstellen. Ich kann behaupten, die Stimmung im Reich sehr gut beobachtet zu haben. Im Reich wird Noskes Vorgehen gegen den Berliner Vollzugsrat keine Aktion auslösen. Man warte! ja nur auf den Moment, wo man die Arbeiterschaft niederzujagen kann. Müller verwies auf die Machinationen der Berliner Räteindustriellen und behauptete, daß Schilde diese Behauptungen unrichtig sind und gebüßert habe. Diese Gesellschaft solle uns zum Streik provoizieren. Ein Streik, der von dieser Höheperspektive beschlossen wurde, dem aber nur ein Teil der Arbeiter folgt, würde eine Niederlage bedeuten. Seine Pflicht ist es, das für und Weber zu erklären.

Spiegelberg (Arbeitsschlichter) gab die Erklärung ab, daß der Reichs-Gewerkschaften-Kongress beschlossen hat, der Regierung vom nächsten Kampf anzufangen. Es handle sich nicht nur um den Berliner Vollzugsrat, sondern um die Arbeiterschaft ganz Deutschlands. Die Arbeiterschaft Deutschlands steht auf dem Kampfposten, daß es keine Relativität mehr geben kann, daß jetzt

gemeinsam vorgegangen werden muß. (Lebhafte Beifälle.) Wir müssen die Zersplitterung noch links vermeiden. Die Stimmung ist abgeklaut, nicht weil sie gekämpft, sondern weil zu wenig gekämpft wurde. Nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen den internationalen Kapitalismus muß der Kampf gehen. Redner erzielte lebhaften Beifall.

Berger (U. S. P.) schilderte auf Grund persönlicher Eindrücke die Stimmung im Reich und stellte die Schuld Berlins fest, daß das Reich jetzt nicht mitgeht. In Essen und anderwärts habe man gekämpft und Berlin sei ruhig gewesen. Er wachte davor, auf Noske hereinzufallen und sprach sich dafür aus, daß wir selbst den Kampf und den Zeitpunkt dazu durch den letzten verunglückten Verkehrsstreik, auf bestimmte Zeit.

Schulmerhaus (zweiter Vorsitzender der Gewerkschaftskommission) gab einen Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission bekannt, welcher den schärfsten Protest ausdrückt über das Vorgehen der Regierung gegen den Vollzugsrat und die volle Unterstützung der Gewerkschaftskommission den Beschlüssen der Versammlung zuzugestehen. Es folgten nun die

Beiträge der einzelnen Betriebe.

Die meisten Redner erklärten, daß die Arbeiter in den Betrieben wohl für Gesamtkaktionen, aber nicht mehr für Teilkaktionen zu haben seien. Nur einige Großbetriebe, wie A. E. W. Dennigsdorf und die Betriebe von Voigtstraße, erklärten sich für den sofortigen Eintritt in den Streik. Dagegen sprachen sich sämtliche Vertreter der Verkehrsbetriebe gegen eine Aktion, da sie ihre Mitglieder, besonders durch den letzten verunglückten Verkehrsstreik nicht mehr hinter sich hätten.

Noske (K. P. D.) erklärte, daß sie diese Situation beobachten hätten und dementsprechend auch schon Fühlung mit dem Reich genommen hätten. In einer Konferenz der Betriebsräte seien die Dinge besprochen worden und es habe sich herausgestellt, daß die Sache lokal zu behandeln sei. Der Vollzugsrat habe heute Morgen beschlossen, in einen dreitägigen Proteststreik einzutreten.

Geines (K. P. D.) forderte im Auftrag seiner Partei auf, für den Generalstreik einzutreten. Seine Partei lehne Verhandlungen ab. Sie lehne es auch ab, in einen Proteststreik einzutreten. Er legt einen Antrag des kommunistischen Partei vor, der folgende Forderungen enthält:

1. Aufhebung des Belagerungszustandes.
2. Freilassung der politischen Gefangenen.
3. Wiederherstellung der politischen Prozesse.
4. Anerkennung des Berliner Vollzugsrats.

Redner führte aus, daß endlich der Kampf aufgenommen werden müsse, da sonst die Regierung der Meinung sei, daß sie uns alles bieten könne. Er wisse sehr wohl, daß die Stimmung im Reich nicht so gut sei, wie es nötig werden müßte, aber die ganze Arbeiterschaft Deutschlands blide auf Berlin und erwarte von Berlin die Ratione. Wenn man aber von vornherein die Demaskation ansetze, dann müsse selbstverständlich die Aktion verpuffen. Deshalb fordere die K. P. D. auf, in den Generalstreik einzutreten. (Stille Beifälle.)

Malchow (U. S. P. D.): Wir haben es kommen sehen, daß Noske eingreifen würde und haben Sorge getrieben, daß das erfasste Material in unseren Händen geblieben ist. Wir werden den Austausch der Räte weiterführen. Der Moment des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wird kommen, wo das gesamte Proletariat Deutschlands den Sturz des kapitalistischen Systems herbeiführen muß. Wir waren der Meinung, daß wir und den Kampf nicht aufzugeben lassen dürfen und wollen deshalb von einem Proteststreik Abstand nehmen. Dieser könnte unsere Forderungen doch nicht verwirklichen, da wir von dieser Regierung nichts mehr zu erwarten haben. Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, aufzutreten gegen das provokatorische Vorgehen der Regierung. Redner legte der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die Berliner Arbeiter-Betriebsräte erkennen die Provokationen der Regierung Ebert-Noske-Schilde. Diese Helfer der kapitalistischen und militaristischen Gegenrevolution wollen durch ihre Provokationen das Revolutionsrisiko zum Risiko reizen. Die Berliner Arbeiterschaft nimmt den Kampf mit der kapitalistischen und militaristischen Gegenrevolution auf. Sie läßt sich diesem Kampf nicht aufzwingen, sondern nimmt ihn auf, wenn der Zeitpunkt dafür gegeben ist. Sie ist entschlossen, alle revolutionären Kräfte zu sammeln, nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich. Heute schon erklärt die Versammlung, daß diese Maßnahmen der kapitalistischen Regierung die Arbeitsstrube noch weiter führen und dadurch das Wirtschaftsleben noch weiter erschüttern wird. Diese Folgen sollen der Regierung Ebert-Noske zur Last.“

In der Abstimmung wurde die Resolution einstimmig mit großer Majorität angenommen. Der Antrag der K. P. D. wurde abgelehnt. Ein Antrag des Genossen Bundt, der die in den Parlamenten sitzenden Genossen auffordert, ihre Arbeit in den Parlamenten einzustellen, und ihre Kraft der Vollzugsrat zur Verfügung zu stellen, wurde fast einstimmig angenommen. Dieser wurde ein Antrag angenommen, welcher sämtliche Arbeiter-Betriebsräte verpflichtet, Betriebsversammlungen einzuberufen, in denen die Gewaltmaßnahmen der Regierung behandelt werden.

Genosse Richard Müller zeichnete zum Schluß im kurzen Worten die Schrittmärke des „Berliner Lagerblais“ zu den Maßnahmen der Regierung und sprach aus, daß er sich lebhaft erinnert fähle an den Januarstreik 1918. Damals hätten die Gewaltmaßnahmen Noskes sich auf dasselbe Recht gestützt wie heute die Gewaltmaßnahmen der Regierung Ebert-Noske. Er führte wörtlich aus: Als wir damals in Gewerkschaftshäusern mit Ebert-Scheidemann zusammen saßen und das Material sichten, da erschienen die Ehergen Noskes und nahmen uns das Material weg. Als wir dann brauchen am Neuen Tor in einer Unterzelle saßen, da ja nach und nach wurde, da wüteten Ebert und Scheidemann gegen dieses System und schworen ihnen den Kampf. Dieselben Voraussetzungen, wie damals für die kaiserliche Regierung, treffen heute für Ebert-Noske zu. Auch sie stützen sich auf den Höhepunkt ihrer Macht und reizen die Arbeiterschaft, um die Störungen einzeln niederzuschlagen zu können. Der Streik gegen den Berliner Vollzugsrat ist ihnen misslungen. Man hat uns die Warnung der Arbeiterorganisationen verboten, nicht weil man das Recht, sondern weil man die Gewalt hatte. Alle Gewaltmaßnahmen werden an den Wahlen nichts hindern, selbst wenn in den nächsten Tagen alle führenden Genossen in den Kerker wandern sollten, die Sache wird doch ihren Gang gehen. In dieser Schwachung gehen wir auseinander. Die Stunde der Befreiung liegt näher, als Noske-Schilde glauben.

Bei einem Hoch auf die Internationalen wurde die Versammlung geschlossen.

Uns wird geschrieben:
Als Vertreter der Arbeiter-Ernährungskommission habe ich bei der Beratung der Schrippenordnung mitgewirkt. Ich möchte aus diesem Grunde der Öffentlichkeit einiges unterbreiten.

Kochten an die Bevölkerung Mehl ausgegeben wurde, war es unbedingt notwendig, das Schrippenbrot zu gestalten. Aus diesem Grunde fanden Beratungen im Reichsamt für das Brotwesen- und Konditoreiwesen statt. (Dieser Sachverhalt steht sich aus Vertretern der Kommunen, der Bäckermeister und der Stellen zusammen.) Es wurde uns, gemeinsam beraten, unter welchen Bedingungen Schrippen hergestellt werden dürfen, und auch gemeinsam eine Preisliste aufgestellt. Der Vertreter der Bäckermeister, Herr Obermeister Müller, erklärte, ein Preis von 80 Pf. würde bei seinen Kollegen angenommen werden. Auf der anderen Seite war man der Ansicht, daß nur etwa 20 Pf. Unkosten entstehen und aus diesem Grunde ein Preis von 25 Pf. angemessen wäre.

Wenn nun jetzt von den Bäckermeistern in ihrer Protestversammlung erklärt wird, daß es unwürdig wäre, ein Pfund Mehl für 25 Pf. abzugeben, so kann ich nicht verstehen, wie man dazwischen erklären kann, daß doch die Differenz zwischen der Herbeibringung der Bäckermeister und dem Angebotspreis nur 5 Pf. beträgt. Bei dieser Sache handelt es sich um andere Dinge. Die Bäckermeister wollen unter allen Umständen die Zwangsbewirtschaftung durchführen und den freien Handel wieder einführen. Sie wollen, wenn in absehbarer Zeit wieder allgemein Schrippen hergestellt werden, um einen hohen Preis zu erzielen, jetzt den Preis so hoch wie möglich ansetzen. Es liegt daher im Interesse der gesamten Bevölkerung, in erster Linie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, dieses Hochziehen der Bäckermeister zu unterbinden. Was der freie Handel der ärmeren Bevölkerung bringt, bewirkt die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung bei den Eltern etc. Es muß daher unter allen Umständen darauf hingewirkt werden, daß nicht auch bei der Brot- und Mehrlieferung dazwischen eintritt.

Ich kann daher als Vertreter der Arbeiter, der bei diesen Beratungen mitgewirkt hat, nicht zugeben, daß den berechtigten Wünschen der Bäckermeister nicht Rechnung getragen wurde.

Aus diesen Gründen möchte ich insbesondere die arbeitende Bevölkerung bitten, ihr Brot nur bei solchen Bäckern zu beziehen, die ihnen ihr Mehl nach den Bestimmungen der Kommune zu Schrippen verkaufen.

Robert Jordan, Mitglied der Arbeiter-Ernährungskommission. Nach diesen Ausführungen haben die im Reichsamt für Brotwesen stehenden Bäckermeister selbst einen Nachlohn von 80 Pf. für ausstehend gelohnt. Demnach besteht kein Grund, den Nachlohn höher als auf höchstens 20 Pf. festzusetzen, wenn nicht überhaupt der bestehende Nachlohn von 25 Pf. aufrechterhalten bleiben kann.

Konferenz der Bildungsanschlüsse von Teltow-Beeskow.

Am gestrigen Sonntag lag im Reichsamt für Stadtverordnetenangelegenheiten eine Konferenz der Bildungsanschlüsse von Teltow-Beeskow. Genosse Jensen hielt das einleitende Referat über „Bildungsarbeit“ und sprach in großzügiger Weise dieses Problem. Wir müßten viel mehr Wert auf Bildungsarbeit legen, damit der Arbeiter mehr zum Denken erzoget wird. Die Bildung vom 4. August 1914 wäre uns erspart geblieben, wenn die Beziehung zum Sozialismus planmäßiger vor sich gegangen wäre. Man muß die bestehenden Einrichtungen mit benutzen, z. B. die Volkshochschulen und darauf aufbauen. Der größte Wert muß auf Erziehung zum Individualismus gelegt werden. Es spielt eine große Rolle für das gesamte Wirtschaftsleben, was in irgend einer russischen Stadt vor sich geht; diese Zusammenhänge müssen dem Arbeiter nahegebracht werden. Darum Wirtschaftsgeschichte, Geographie der Internationalen, Imperialismus, neuere russische Geschichte, Kommunalpolitik, vor allen Dingen Nationalökonomie und die großen Probleme des Weltsystems müssen die Höheren sein, welche zunächst zu berücksichtigen sind. Aber auch die Kunst und Literatur spielen eine große Rolle. Redner zitiert Marx, welcher nicht nur Ricardo, sondern auch Schopenhauer anwendend konnte. Wir haben gute Romane, welche uns sozusagen spielend in die Wirtschaftsgeschichte einführen. Auch unsere Heiler und Heile müssen einem würdigeren Rahmen bekommen als es bisher der Fall war. Redner schloß, es könne nicht die Aufgabe sein, nur einige wenige zu bilden, sondern wir brauchen eine Massenbildung, Sozialismus ist ein Prozeß der Arbeit und der Bildung.

An dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine sehr rege Diskussion, in welcher u. a. betont wurde, daß viel mehr Werte als bisher auf die Durchbildung unserer Frauen gelegt werden müsse. Es wurden eine Ummengung praktischer Vorschläge und Anregungen gemacht. Zum Schluß wurde ein Preisbildungsanschlusses gewählt, bestehend aus den Genossen J. J. K. K. K., Genossin Bloch-Friedenau, Dr. Löwenstein, Charlottenburg, Schneider-Kaulfuß, Genossin Kober-Vilchhof, Hermes-Stein, B. B. M.-Schwargendorf, Dietrich-Widmann, Gröseling-Tempelhof.

Der Preisbildungsanschlusses von Teltow-Beeskow hat zu seinem Obmann den Genossen Kurt Schneider, Rosenthal, Teltowstraße 84, gewählt. Alle Zuschriften sind an die obige Adresse zu richten. Genossen und Genossinnen, welche gewählt sind, als Beiräte bei den gesamten Unterrichtsstufen mitzugewählen, werden gebeten, sich unverzüglich zu melden.

Schutzhaftstrafe.

Noch immer gehen uns Klagen von politischen Häftlingen zu, die sich über die Behandlung in den Gefängnissen beschwerten. Aus dem Gefängnis in der Dehner Straße verließen wir nachstehenden Klagen eines Schutzhaftgefangenen:

„Am 13. Juli in Schutzhaft befindlichen Eisenbahnarbeiter Richard H. H. H. ist am 12. Juli die Zunter geendet. Dieser folgte am 13. August die Schwester. In beiden Fällen ist ihm vom Kriegsverrichtrat Soth die Genehmigung zur Teilnahme an der Überführung gegeben worden. H. selbst ist kriegsbeschädigt (Neurotiker). Seine Frau steht in Kürze wieder einer Einweisung entgegen. Die aber kochene Schwester war die einzige Stütze der Frau des H. bevor den Inhabers der Frau des H. beigebrachte Klagen keinen Erfolg. H. wird, wie so viele andere, schuldlos in Schutzhaft weitergehalten. Ferner“ heißt es in dem Brief weiter, „hätte ich noch zu berichten, daß das Essen hier unter allem Schutzhaft ist, nur gelagert: Schweinefleisch, dumpfger Mehl findet Vorkommen. Kartoffeln, Mörrüben usw. werden ungekühlt mit Stoff in eigenen Eist gelagert. Der Schutzhaftgefangene Fritz Schneider (U. S. P.), der bei dem Krieg vorsprach und für seine Person, da er im Kriege einen Bauchschuß erhalten hatte, befferes, genießbares Essen beanspruchte, wurde hieran, obwohl er sich erst nach die Folgen einlieferte, wurde (er hatte sich gut unterzogen ausgeben müssen), gewaltsam durch den Arzt und einen Wärter zur Tür hinausgeführt.“

Vielleicht wird Ebert an den Schluß seiner Eidesformel erinnern, allen Deutschen Menschlichkeit anzuwenden zu lassen.

